

Beste Steuerzahler vertreiben - wir bezahlen!

Breite Allianz bekämpft schädliche Juso-Initiative

Bern, 20. Juni 2025 – Die extreme «Juso-Initiative» trifft den Mittelstand mit voller Wucht. Sie vertreibt die besten Steuerzahler aus der Schweiz und führt für den typischen Haushalt zu Steuererhöhungen von jährlich bis zu 1265 Franken. Weiter bedroht die brutale 50%- Erbschaftssteuer die Existenz von Familienunternehmen und verursacht hohe volkswirtschaftliche Kosten. Die Initiative ist ein Verlustgeschäft für alle. Eine breite Allianz bekämpft das sozialistische Ansinnen.

Die schädliche Juso-Initiative hatte im Parlament keine Chance und überzeugte nicht einmal alle Parlamentarier von SP und Grünen. Doch das Damoklesschwert der Initiative hängt noch immer über der Schweiz, verunsichert Unternehmerinnen und Unternehmer und hemmt Investitionsentscheide. Eine breite überparteiliche Allianz aus Parteien und Verbänden setzt sich dafür ein, dass das Volk dieser Initiative eine wuchtige Abfuhr erteilt.

1265 Franken Steuererhöhung pro Haushalt

Eine Studie im Auftrag des Bundesrats zeigt auf, dass bis zu 98 Prozent der Betroffenen die Schweiz verlassen dürften. Statt Mehreinnahmen verursacht die Abwanderung unserer stärksten Steuerzahler jährliche Steuerausfälle von bis zu 3,7 Milliarden Franken pro Jahr. Dieses Geld fehlt Bund, Kantonen und Gemeinden. Die Folge ist eine Steuererhöhung von bis zu 1265 Franken pro Haushalt oder einschneidende Kürzungen beim Service Public, beispielsweise bei der Polizei, bei Lehrpersonen in Schulen oder im ÖV-Angebot. Dieser Dominoeffekt trifft den Mittelstand mit voller Wucht.

Ausnahmslose und vernichtende Zusatzbesteuerung zerstört Familienunternehmen

Die Juso-Initiative erlaubt explizit keine Ausnahmen von der brutalen Besteuerung und gefährdet damit den Fortbestand von traditionsreichen Familienunternehmen, die in ihren Regionen wichtige Arbeitgeber sind. Denn durch die horrende Erbschaftssteuer geraten Familienunternehmen bei der Übergabe an die nächste Generation unweigerlich unter Verkaufsdruck. Profiteure dieser Zerschlagung sind in vielen Fällen ausländische Finanzinvestoren, die keinen Bezug zu Mitarbeitenden, Werkplatz und Tradition haben. Doch damit nicht genug: Diese faktische Enteignung gefährdet das Unternehmertum in der Schweiz. Jede unternehmerische Person mit Risiko-, Innovations- und Leistungsbereitschaft würde der Schweiz den Rücken kehren.

Breite Allianz kämpft gegen Verlustgeschäft

Die Juso-Initiative ist eine der unüberlegtesten Ideen der letzten Jahre, weil sie nur Verlierer schafft. Darum empfehlen Bundesrat, Parlament und die Konferenz der Kantonsregierungen ein NEIN zur Volksinitiative. Eine breite Allianz aus SVP, FDP, Die Mitte, GLP und Wirtschaftsverbänden bekämpfen die Initiative, die verheerende Folgen für den Mittelstand und den Werkplatz hätte.

Kontakte

- Thierry Burkart, Ständerat und Parteipräsident FDP.Die Liberalen Schweiz, 079 282 55 81
- Marcel Dettling, Nationalrat und Parteipräsident SVP Schweiz, 079 353 32 89
- Nicolo Paganini, Nationalrat Die Mitte, 079 605 19 43
- Jürg Grossen, Nationalrat und Parteipräsident Grünliberale Schweiz, 079 444 94 65
- Fabio Regazzi, Ständerat und Präsident Schweizerischer Gewerbeverband sgV, 079 253 12 74
- Christoph Mäder, Präsident economiesuisse, 044 421 35 63
- Martin Hirzel, Präsident Swissmem, 044 384 48 65
- Hans-Jörg Bertschi, Präsident Swiss Family Business, hans-joerg.bertschi@bertschi.com
- Philipp Kuttler-Frey, Präsident Vereinigung der privaten Aktiengesellschaften, 061 745 12 12

